



Vier Jahre Putins Aggression – (k)ein Ruhmesblatt für Europa?

Dr. Klaus Olshausen

Februar 2026

Zusammenfassung

Vier Jahre brutaler Krieg Russlands haben bereits unermesslichen Schaden in der gesamten Ukraine angerichtet und 20 % des Landes unter die Knute der Russifizierung gezwungen. EU- und NATO-Staaten konnten ihre hehren Ziele einer wiederhergestellten souveränen Ukraine nie hinreichend unterstützen. So findet sich die Ukraine seither in einer „leidenden Selbstverteidigung“. Putin ist es nicht gelungen, die Ukraine zu besiegen. Und der Ukraine und ihren Unterstützern ist es nicht gelungen, den Aggressor zurückzuweisen. Mit der zweiten Präsidentschaft Trumps geht es um Waffenstillstand, für den die Ukraine wichtige Gebiete preisgeben soll. Putin bleibt bei seinen maximalen Zielen. Für Europa wird das „Ende des Krieges“ wichtiger als ursprüngliche politische Zwecke. Nach vier Jahren brutaler Invasion Russlands ist es kein Ruhmesblatt für Europa, der Ukraine nahezulegen, ihre Menschen, jung und alt, in vier Oblasten Putin zur „Dauerbesetzung“ zu überlassen. Und statt JETZT Russland zu stoppen, der Ukraine eine „Stachelschwein“-Ausstattung und Beistandsgarantien erst für einen nächsten Angriff Russlands in Aussicht zu stellen, kann in der gegenwärtigen Lage auch niemand als Ruhmesblatt bezeichnen, während die Unterstützung für die laufende Selbstverteidigung unzureichend bleibt. Auf allen Gebieten ist mehr zu leisten, um den Krieg nicht zu Lasten der Ukraine enden zu lassen.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Vier Jahre brutaler Krieg Russlands haben bereits unermesslichen Schaden in der gesamten Ukraine angerichtet und 20 % des Landes unter die Knute der Russifizierung gezwungen. Aber Putin hat seine maximalen politische Zwecke, eine vollständige Unterwerfung des zweitgrößten Landes in Europa, nicht erreicht, geschweige denn, überragenden Einflussgewinn in Europa durch seinen hybriden Krieg gewonnen.

Dem steht gegenüber, dass all die hehren politischen Zwecke der EU- und NATO-Staaten mit Partnern, die regelorientierte internationale Ordnung der Charta von Paris durch Zurückweisen des russischen Angriffs gegen territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine wiederherzustellen, in keiner Phase mit den dafür erforderlichen politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, humanitären und zuvörderst militärischen Mitteln unterstützt wurden. So findet sich die Ukraine mit der umfangreichen, aber für die politischen Zwecke zu begrenzten Unterstützung seit vier Jahren in einer „leidenden Selbstverteidigung“.

Putin ist es nicht gelungen, die Ukraine zu besiegen und der Ukraine und ihren Unterstützern ist es nicht gelungen, den Aggressor zurückzuweisen.

Es ist unsäglich, eine Ukraine, mit der die Europäische Union Beitrittsverhandlungen begonnen und der die NATO beim Gipfel Ende 2024 unumkehrbar eine Mitgliedschaft in der Allianz zugesagt hat, gegen den Aggressor, der noch weitere Ziele in Europa hat, so unzureichend zu stärken. Das nagt an der Glaubwürdigkeit eines sich selbst schwächenden „Westens“ und lässt seine Worte für eine freie Ukraine und ein freies Europa zunehmend hohl klingen.

Mit dem Beginn der 2. Präsidentschaft von Donald Trump wird ein Waffenstillstand zum gemeinsamen, zum vorrangigen Ziel der Unterstützer, und die faktische Preisgabe von wichtigen Gebieten der Ukraine wird dafür hingenommen. Die Einsicht von Clausewitz wird sichtbar, dass „politische Absichten im Laufe des Krieges sehr wechseln und zuletzt ganz andere werden können, eben weil sie durch die Erfolge/Misserfolge und die wahrscheinlichen Ergebnisse mitbestimmt werden“. Der Opfer-Staat Ukraine muss sich dem fügen. Putin aber hält an seinen maximalen Zielen fest, weil er annehmen mag, dass ein „Ende des Krieges“ für die USA und damit auch für Europa wichtiger werde, als der politische Zweck, seine Eroberung zurückzuweisen.

Wenn man diese aus Sicht der Ukraine und Europas sehr unbefriedigende Entwicklung betrachtet und Ursache und Wirkung aus westlicher Sicht ziemlich klar sind, dann ist noch einmal ein kritischer Blick zurück erlaubt auf die illegale Annexion der Krim und die folgende Krise, ja Krieg im Donbass und Luhansk seit 2014.

Dabei ist beachtenswert, was Europa und die USA seit einiger Zeit mit der Ukraine ins Auge fassen, damit Voraussetzungen für einen Waffenstillstand/Frieden möglich werden: Zum einen soll mit dem Konzept der „Stachelschwein“-Strategie die Ukraine so starke Streitkräfte aufbauen können, dass diese bereits einen hohen Abschreckungswert gegen einen erneuten russischen Angriff darstellen. Dies soll unterstützt, ja verstärkt werden durch Sicherheitsgarantien einer Koalition der Willigen mit wesentlicher Mitwirkung der USA angelehnt an die Verpflichtungen des Artikel 5 des Washingtoner Vertrags der Allianz. Aus Sicht der Ukraine sicherlich ein unzureichender „Ersatz“ eine eigentlich zugesagte Mitgliedschaft in der NATO.

Nimmt man diese Punkte mit in die Betrachtung der Lage seit dem Jahr 2014, dann verlangt eine kritische Erörterung, diejenigen Möglichkeiten und „Dinge einzubeziehen, die sich nicht wirklich zugertragen haben, die aber wahrscheinlich waren und deshalb aus der Betrachtung schlechterdings nicht wegbleiben dürfen“. Im Frühjahr 2014 war klar, dass Putin die Krim einnehmen konnte, weil die Ukraine praktisch keine handlungsfähigen



Streitkräfte hatte. Und auch die russisch genährte Separatisten-Bewegung im Donbass konnte im Herbst und Winter 2014/15 deshalb kaum begrenzt werden.

Die Vereinbarungen von Minsk I und II brachten eine Bremse, aber kein Ende russischer Destabilisierung. Allen aufmerksamen Beobachtern war klar, dass Putin die ganze Ukraine zurückholen wollte. Europa und Amerika kamen nicht nur nicht auf die Idee, ab 2014 die Ukraine zur erfolgreichen Selbstverteidigung und damit Abschreckung Russlands zu ertüchtigen. Die meisten lehnten sogar die Lieferung letaler Waffen ab – noch bis nach Beginn der Invasion 2022. Nur wenige lieferten Panzerabwehrwaffen, darunter die USA während der ersten Trump Administration, Polen und die Tschechei lieferten Munition für Artillerie und gepanzerte Fahrzeuge. Insbesondere Deutschland und Frankreich lehnten es ab. Eine befürchtete Eskalation mit Russland zu vermeiden, war ausschlaggebend, nicht eine bedrängte Ukraine abwehrbereit zu machen. Auch als nach dem ersten massiven Truppenaufmarsch gegen die Ukraine im Frühjahr 2021 Putins neue Strategie und sein Beitrag zur Ukraine im Sommer 2021 seine Absichten unverkennbar signalisierte, änderten die Staaten der EU und der NATO Europa nichts an Ihrer Politik.

Nach vier Jahren brutaler Invasion und ungehemmt anhaltender Russifizierung in den besetzten Gebieten ist es kein Ruhmesblatt für Europa der Ukraine nahezulegen, Menschen in vier Oblasten Putin zur „Dauerbesetzung“ zu überlassen.

Und statt Russland jetzt zu stoppen, der Ukraine eine „Stachelschwein“-Ausstattung und Beistandsgarantien erst für einen erwarteten/befürchteten nächsten Angriff Russland in Aussicht zu stellen, kann auch niemand als ein Ruhmesblatt bezeichnen, während die Unterstützung der Selbstverteidigung im jetzigen Krieg unzureichend bleibt.

Nicht bereits seit 2014 die vielen Stimmen, die die Gefahr einer Invasion wie 2022 benannt haben, politisch in EU und NATO in ihre strategische Planung aufgenommen zu haben, verlangt nun seit vier Jahren Aggression viel stärkere Maßnahmen, um den Krieg nicht zulasten der Ukraine enden zu lassen, sondern den Aggressor Putin zu stoppen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen